

Der Teufelskreis von Krieg, Armut, Unterentwicklung und Diktatur am Beispiel des Mittleren und Nahen Osten

Mohssen Massarrat^{*}

Der Mittlere und Nahe Osten ist gegenwärtig die konfliktreichste Region in der Welt. Hier stoßen Welten aufeinander: Tradition und Moderne, extreme Armut und extremer Reichtum, sekuläre und gottesstaatliche Tendenzen, Hegemonialinteressen der USA wegen der Ölquellen, die im Mittleren Osten lagern und das Bedürfnis der Bevölkerungen der Region an Wohlstand und Stabilität, Nationalismus und religiösem Extremismus, Terror und Gegenterror. Mit Verweis darauf, die Ölressourcen der Welt lägen unter den Böden einer instabilen Region, wurde die Energieversorgung des Westens militarisiert. Die Militarisierung und Hegemonialisierung der Energieversorgung, so die Gegenthese, ist selbst die Ursache der Instabilität und Konflikte im Mittleren und Nahen Osten, nicht die Folge. Im Folgenden werden zunächst die Tiefenstruktur der Konflikte und die daraus hervorgegangenen Kriege untersucht und dann in einem zweiten Schritt die Erscheinungen von Armut und Elend als Folge von Konflikten und Kriegen an ausgewählten Beispielen beschrieben.

1. Konflikte und Kriege im Mittleren und Nahen Osten.

1.1. Historische Hintergründe und Tiefenstruktur der Konflikte

Die Strukturen der gegenwärtigen Konflikte im Mittleren und Nahen Osten, so wie wir sie heute wahrnehmen, sind äußerst komplex und vielschichtig. Sie wurzeln teils in der Geschichte der Region selbst und teils resultieren sie aus der Art und Weise, wie die historisch längst fällige Transformation der traditionellen Gesellschaften mit neokolonialistischen Interventionen von Außen aufeinander prallen. Daher ist es sinnvoll, sich zunächst auf die Suche nach der Tiefenstruktur der gegenwärtigen Konflikte zu begeben.

Zunächst müsste festgehalten werden, dass bis Anfang des 20. Jh. in dieser Region zwei große Staaten nebeneinander existierten, nämlich das Osmanische Reich und der Iran. Trotz einiger Kriege herrschte seit dem 17. Jahrhundert im Großen und Ganzen ein modus vivendi zwischen diesen großen Territorialstaaten. Dagegen ging es zwischen Iran und dem zaristischen Reich im 18. und 19. Jh. ziemlich heftig zu. In mehreren Kriegen verlor Iran fast ganz Zentralasien an Russland. Die zentralasiatischen Völker waren einige Jahrhunderte lang Tributpflichtige der iranischen Herrscherdynastien. Der Iran von heute ist allerdings seit der Mitte des 19. Jh. genau so wie wir es heute kennen. Ganz anders aber das Gebiet des Osmanischen Reiches.

^{*} Es handelt sich bei diesem Text um die überarbeitete Fassung der Aufzeichnung meines frei vorgetragenen Vortrags anlässlich der Tagung „Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd?“ im Rahmen der 25. Internationalen Sommerakademie in der Burg Schlaining vom 06. – 11. Juli 2008.

Das Osmanische Reich war ein Territorialstaat mit einer typisch orientalischen Zentralmacht und orientalischen Despotie, der viele Nationalitäten, ethnische Gruppen und Staaten, einschließlich eines Großteils von Süd- und auch Osteuropa, in einem Staatsverband zusammengeführt hatte. Die treibende Kraft der Expansion der Osmanen war die Machtansammlung und darüber hinaus auch die Unterwerfung der eroberten Gebiete selbstverständlich mit Tributzahlungen an die Zentralmacht. Diese Zentralmacht war islamisch, hatte sich jedenfalls islamisch legitimiert, aber das Ziel aller Herrscher im Reich – es handelte sich um islamisierte Turkvölker mit teilweise persischer Sprache und Verwaltungstradition – war nicht, die Länder, die erobert worden sind, zu islamisieren. Der ganze Balkan, mit Ausnahme von Bosnien, wurde nämlich nicht islamisiert, wobei auch in Bosnien die Übernahme des Islam nicht mit Gewalt und Zwang einherging. Das Osmanische Reich war mehr oder weniger ein Riesenreich mit integrativen Staatsfunktionen, man kann auch sagen ein Staatsverband mit gemeinsamer Sicherheit für die eingebundenen Gebiete, aber ein despotisch regierter Staatsverbund. Hinsichtlich separatistischer Bestrebungen verstanden die Osmanischen Herrscher keinen Spaß. Sie wurden mit aller Härte niedergeschlagen. Dieses Reich hat jedoch in Konkurrenz mit Europas aufsteigendem Kapitalismus allmählich nicht nur seine eigene ökonomische Selbständigkeit, sondern auch die meisten mit Europas Staaten geführten Kriege verloren. Die Niederlage in der Schlacht vor Wien 1683 war der Anfang des allmählichen Zusammenbruchs eines der größten Reiche in der Geschichte, dem auch die ökonomische Prosperität abhanden gekommen war. Versuche, von innen Reformen durchzuführen, sind gescheitert, so dass die in das Staatsgebilde zusammengeführten Völker und Staaten begannen, sich nach dem Gesetz von Zentrifugalkräften, vom Reich abzunabeln.

Durch Interventionen und Kriege von Europas Großmächten Frankreich, England und Russland wurde der Zerfall des Osmanischen Staatsverbands in der ersten Hälfte des 19. Jh. beschleunigt. Ägypten, Griechenland und alle Balkanstaaten trennten sich vom Osmanischen Reich. Interne Faktoren wie ökonomische Stagnation sinkende Steuereinnahmen und andauernde Finanzkrisen einerseits und der weiterhin anhaltende Druck von Außen führten dazu, dass das Osmanische Reich Ende des 19. und Anfang des 20. Jh. schon vor dem 1. Weltkrieg gänzlich zusammenbrach. Hieraus entstand die Türkei – das Kernland des Osmanischen Reiches – und alle arabischen Staaten von Nordafrika bis zum Persischen Golf, die wir heute als selbständige Staaten kennen. Die Kolonialstaaten Frankreich und England – die USA waren im Hintergrund und noch nicht als aktive Großmacht außerhalb des amerikanischen Kontinents in Erscheinung getreten – spielten bei der Entstehung neuer Staaten mit kolonialistischen Motiven die Hebammenrolle und zogen die ihnen genehmen Staatsgrenzen durch Stämme und Regionen hindurch und ohne Rücksicht auf mögliche spätere Grenzkonflikte. So entstanden in Nordafrika Marokko, Tunesien, Libyen und Sudan als neue arabisch dominierte Staaten, während Algerien wegen seiner Ölreichtümer noch lange eine französische Kolonie blieb.

Aus dem arabisch geprägten Mittleren und Nahen Osten gingen so auch neue arabische Staaten hervor, die wie Syrien und Libanon der französischen Einflusszone zugeordnet wurden, und Palästina, Irak, Jordanien, die als britische Mandatsgebiete deklariert wurden. Zwischen dem Horn von Afrika und dem Persischen Golf entstanden teils entlang der Stammesgebiete und teils durch sie hindurch weitere arabische

Staaten, wie Jemen, Saudi Arabien, die Arabischen Emirate, Kuwait und Oman. Die Kolonialstaaten definierten nicht nur die Grenzen, sie hoben zugleich die ihnen freundlich gesinnten Stammesfürsten als Könige dieser Staaten mit aus der Taufe. In allen neu gegründeten arabischen Staaten herrschten somit ursprünglich einiger von Frankreich und Großbritannien abhängige Monarchien. Mit Ausnahme von Saudi Arabien und der Scheichtümer am Persischen Golf, die alle durch Familienclans regiert wurden, sind alle anderen Monarchien in den 1950er und 1960er Jahren Opfer des aufsteigenden panarabischen Nationalismus und wurden durch Militärputsche junger Offiziere hinweggefegt.

Horizontale Konfliktstrukturen

Dieser Überblick über das neu geschaffene Staatengebilde vorausgeschickt, möchte ich ein wenig auf die Tiefenstruktur horizontaler Konflikte eingehen, die bis heute die Ereignisse im Mittleren und Nahen Osten bestimmen. Diese sind – im Unterschied zu vertikalen Konflikten, die auf gesellschaftlichen Verwerfungen durch historische Transformation in die Moderne sowie auf sozialen Ungleichheiten beruhen - transnationale, territoriale, ethnisch und kulturell verursachte Konflikte, die teils aus den kolonialistisch machtpolitisch definierten Grenzbeziehungen und teils im Zuge der Modernisierung und *nation building* entstanden sind. Der *Israel-Palästina-Konflikt* ist ein Territorialkonflikt mit ethnischer Dimension, der ursächlich nicht mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, sondern mit der zionistischen Bewegung europäischer Juden und den Bestrebungen, einen jüdischen Staat in Palästina zu gründen, zusammenhängt. Auf diesen Konflikt, der in die gesamte Region und darüber hinaus ausstrahlt und für politische Radikalisierung in der arabisch-islamischen Welt nachhaltig verantwortlich ist, bedarf einer gesonderten Darstellung, die im Rahmen dieses Vortrages nicht näher behandelt werden kann. Eine besondere Tragweite weist auch der *Kurdistan-Konflikt* als ein ethnisch-territorialer Konflikt auf.

Kurdistan war vor dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches in zwei Teile gespalten, in den osmanischen und den iranischen Teil. Die kolonialistische Grenzziehung spaltete den osmanischen Teil Kurdistans abermals in zwei neue Teile, in den türkischen und den irakischen Kurdistan. Die im Vertrag von Sèvres 1920 in Aussicht gestellte Autonomie kurdischer Gebiete wurde nicht eingelöst. Im Vertrag von Lausanne 1923 wurde selbst dieses Zugeständnis an die Kurden in der Türkei und im Irak fallen gelassen. Die Bildung neuer machtpolitischer Allianzen mit Atatürk und der irakischen Monarchie waren für Großbritannien wichtiger als eine kurdisch autonome Region in dem neu geschaffenen Staatensystem. Damit wurde aber ein kurdischer Dauerkonflikt vorprogrammiert. In der Türkei entstand unter der Führung der PKK ein Partisanenkrieg, der zwar den türkischen Nationalismus gestärkt und mehrere zehntausend Menschenleben gekostet, den Kurden jedoch bisher weder die Unabhängigkeit noch die Autonomie beschert hat. Im Irak führte der Kampf der Kurden für Autonomie zu blutigen innerirakischen Kriegen, bei denen das Regime von Saddam Hussein nicht davor zurückschreckte, auch chemische Waffen gegen die kurdische Bevölkerung einzusetzen. In Irakischem Kurdistan entstand nach dem Sturz von Saddam Hussein zwar eine autonome Verwaltung, die Lösung der kurdischen Frage wurde aber auf eine neue, durchaus nicht weniger gefährliche Stufe gehoben. Irakischem Kurdistan hat durch seine Ausstrahlung schon jetzt Separationsbewegungen in der Türkei neuen Auftrieb gegeben und die Möglichkeit der Entstehung einer solchen Bewegung auch in

Iranisch Kurdistan gestärkt. Inzwischen sind neue Allianzen zwischen USA und Israel einerseits und Irakisch Kurdistan andererseits sichtbar geworden, deren Hauptzweck darin bestehen kann, den kurdischen Wunsch nach Unabhängigkeit für eigene machtpolitische Zwecke gegen die Türkei und vor allem gegen den Iran zu instrumentalisieren. Die Folgen separatistischer Kriege zur Schaffung eines einheitlichen kurdischen Staates sind aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr, sondern weniger Stabilität und noch mehr Nationalismus, noch mehr Diktatur und Chaos im Mittleren Osten.

Territoriale und transnationale Ressourcenkonflikte

Diese sind weitere Beispiele horizontaler Konflikte mit geographischem bzw. geologischem Hintergrund. Manche Grenzlinien sind bei der Entstehung neuer Staaten zu Beginn des 20. Jh. nicht genau geregelt bzw. strittig. Beispielsweise war der Grenzverlauf im Schatt al-Arab zwischen Iran und Irak Gegenstand eines ständigen Konflikts zwischen beiden Ländern in den 1960er und 70er Jahren, der dann zum iranisch-irakischen Krieg 1980-1988 beigetragen hat. Des Weiteren sind die Territorialansprüche Iraks auf Kuwait als Ganzes zu erwähnen, die Saddam Hussein aus dem Zerfall des Osmanischen Reiches und der Unklarheit des durch den Völkerbund legitimierten Protektorats (hinsichtlich Kuwaits als Teils von Irak) abgeleitet hat. Auch dieser Streit spielte bei der gewaltsamen Besetzung Kuwaits durch Irak 1990 und des darauf folgenden zweiten Golfkrieges zwischen USA und Irak eine wichtige Rolle. Hinzu kommt der iranisch-arabische Konflikt um den Anspruch auf die drei strategischen Inseln Abu Mussa, großer und kleiner Tomb im Persischen Golf sowie der Streit um den Namen des Persischen Golfes, den die arabischen Staaten in „arabischen Golf“ umgetauft haben.

Auch Konflikte um *grenzüberschreitende Ressourcen wie Öl und Wasser* dürfen in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Bei dem Überfall Saddam Husseins auf Kuwait ging es dem irakischen Regime nicht nur um den freien Zugang Iraks zu den Weltmeeren, sondern auch um Kuwaits Ölressourcen, die über 9 % der Ölweltressourcen ausmachen. Begonnen hatte der Streit konkret bei der Nutzung des grenzüberschreitenden Ölfelds Rumaila. Derartige Öl- und Gasquellen gibt es im Mittleren Osten einige, die angesichts der spürbar werdenden Ölverknappungstendenzen zum Ausgangspunkt neuer blutiger Konflikte in der Zukunft werden könnten. Dies gilt beispielsweise für die Öl- und Gasquellen im Persischen Golf, für das Ölfeld Elburs im Kaspischen Meer und für die Öl- und Gas-Pipeline-Routen im gesamten Mittleren Osten. Ähnliches kann auch über die mit der Bevölkerungszunahme knapper werdenden transnationalen Süßwasserquellen hervorgehoben werden, so z. B. um den Fluss Jordan und um die Flüsse Euphrat und Tigris. Mögliche Gegensätze bei der Nutzung dieser Wasserquellen könnten ebenfalls zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den jeweiligen Anrainerstaaten führen.

Transformationskonflikte

Der gesamte Mittlere und Nahe Osten befindet sich seit Beginn des 20. Jh. im historischen Transformationsprozess von traditionellen hin zu modernen Gesellschaften. Somit holt die Region eine Entwicklung nach, die in den letzten 2 – 3 Jahrhunderten in Europa stattgefunden hatte. Selbst in Europa war die langsame und ohne äußeren Druck vollzogene Transformation nicht ohne soziale und kulturelle Brüche, soziale

Kämpfe, politische Umstürze und Revolutionen einhergegangen. Im Mittleren und Nahen Osten vollzieht sich dieser historische Prozess unter dem Druck der Globalisierung und mit vollem Tempo. Er verursacht daher auch hier schmerzvolle Prozesse der sozialen Entwurzelung, der kulturellen Entfremdung, der Migration und der *Nation Building*, die allesamt mit antikolonialistischen und nationalistischen Ideologien, politischen Umstürzen und sozialen Revolutionen einhergehen. Der Transformations- und Modernisierungsprozess in dieser Region erfolgt nach drei unterscheidbaren Mustern:

Erstens das iranische Modernisierungsexperiment in den 1940er und 50er Jahren, die ich die *sanfte Variante* der Modernisierung nennen möchte. Für diese Variante steht Mohammed Mossadegh, der als ein in der Schweiz ausgebildeter und überzeugter Demokrat mit Charisma den ungewöhnlichen Weg des antiimperialistischen Kampfes mit einer nationalen Bewegung für parlamentarische Demokratie verknüpfte. Im historischen Kontext der geschwächten Pahlawi-Monarchie in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg und dem erneut wachsenden britischen Einfluss sorgte Mossadegh, als namhafter Abgeordneter des bis dato undemokratisch zustande gekommenen Parlaments mit einer Gesetzesvorlage zur Nationalisierung der iranischen Ölindustrie für die Auflösung eines obrigkeitstaatlich zustande gekommenen Parlaments für internationale Aufmerksamkeit. Erstmals in der iranischen Geschichte mobilisierte Mossadegh 1951 erfolgreich große Teile der Bevölkerung aus allen Schichten für die Wahl eines neuen und demokratisch gewählten Parlaments. Er wurde Ministerpräsident und setzte in genialer Weise gleichzeitig zwei sich ergänzende Ziele auf die politische Agenda: einerseits die Abschaffung neokolonialistischer Ölverträge mit der britischen Regierung, das lang ersehnte nationale Ziel der politischen Unabhängigkeit. Andererseits durch demokratische Legitimierung der Nationalisierung der Ölindustrie die Verwirklichung eines nationalen Projekts auf demokratischem Weg. Der von Intellektuellen, dem nationalen Bürgertum und einem Teil des schiitischen Klerus unterstützte Kampf an zwei Fronten - nach Außen gegen Großbritannien und nach Innen gegen die mit Großbritannien liierte absolute Monarchie und deren sozialen Basis, der aus Großgrundbesitzern, Kompradoren-Bourgeoisie und Militär bestehenden Oligarchie (der berühmten 1000 Familien) - eröffnete eine gänzlich neue Perspektive für eine lebendige Demokratie, die auf das Bewusstsein aller nachfolgenden Generationen bis zur Gegenwart ausstrahlt.

Das Erfolgsrezept von Mossadeghs Weg der Modernisierung bestand im Respekt vor dem Recht, im politischen Sinn für die Symbiose zwischen Tradition und Moderne, in Glaubwürdigkeit und Kompromisslosigkeit bei der Trennung der monarchistischen Herrschaftsform von der demokratisch legitimierten Regierung, ebenso Härte und Kompromisslosigkeit in der Verteidigung nationaler iranischer Interessen bei gleichzeitigem Respekt vor dem Völkerrecht, in gewaltloser Machtübernahme und Machterweiterung und schließlich auch in Aufrichtigkeit im Umgang mit Anhängern und Gegnern. Doch dieser gewaltlose und hoffnungsvolle Weg der Modernisierung passte nicht in die gerade begonnene Ära des Kalten Krieges einschließlich der geostrategischen und ökonomischen Interessen westlicher Staaten, vor allem nicht den Interessen der neuen Supermacht USA, die Mossadegh als Handlanger der Sowjet Union, der Iran in das kommunistische Lager führen wolle, diffamierten und seine Regierung 1953 durch einen CIA-geleiteten Militärputsch stürzten, den von Mossadegh

eingeschlagenen Weg beendeten, den nach Rom geflohenen Schah wieder auf den Thron hievten und dadurch eine neue Phase der Diktatur im Iran einleiteten. Die gewaltsame Unterbrechung dieses authentischen Weges der nachholenden Demokratisierung und Modernisierung mündete 26 Jahre später 1979 in den antiwestlichsten Umsturz aller Zeiten, eben in die islamische Revolution, ein, die erdrutschartig die Welle eines weltweit erstarkten politischen Islams auslöste.

Zweitens die nationalistische Variante der Nation Building und Modernisierung, die, in Atatürks Türkei längst etabliert, in den 1950er Jahren - durchaus unter dem positiven Einfluss von Mossadeghs Nationalisierung der Ölindustrie im Iran - in den bevölkerungsreichen arabischen Staaten in der Regel durch einen gewaltsamen Sturz arabisch monarchistischer Oberhäupter, so in Ägypten, Syrien, Irak und Libyen, entstand. Alle Spielarten des arabischen Nationalismus, von Nassers moderatem Panarabismus bis zum aggressiv expansionistischen Baath-Nationalismus, beseitigten zwar die traditionell monarchistische Herrschaft, sie trugen auch durch Massenmobilisierung und teilweise auch durch Industrialisierung zu Nation Building und Modernisierung bei, sie riefen gleichzeitig aber auch Einheitsparteien und Ein-Mann-Diktaturen hervor, blockierten eben wegen ihrer stark nationalistischen Ausrichtung die Demokratisierung. Im Fall Irak, als ein brutales und aggressives Nation-Building-Modell, ging der arabische Nationalismus mit der massivsten Unterdrückung der Kurden und oppositionellen Schiiten und darüber hinaus auch mit mehreren expansionistischen Kriegen einher, der letztlich zum Staatszerfall, zum Elend und zur Armut der großen Mehrheit der Bevölkerung beitrug.

Drittens und letztendlich die monarchistisch strukturierte Variante der Nation Building und der Modernisierung wie im Königreich Jordanien, in Saudi Arabien, in anderen Scheichtümern und in Oman am Persischen Golf. Das gemeinsame Merkmal dieser arabischen Staaten ist die mangelnde Demokratisierung, die durch Öleinnahmen importierte Modernisierung, die mehr oder weniger brüchige Identität und Nation Building sowie die politische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Offen bleibt, inwiefern im Mittleren Osten eine neue Welle von Instabilität und gewaltsamen Konflikten entstehen würde, sobald die militärische und politische Unterstützung dieser Monarchien durch die USA, insbesondere für den saudi-arabischen Herrscherclan, abbröckelte oder aus welchen Gründen auch immer ganz ausbliebe.

Stellvertreter-Kriege im Kalten Krieg

Im Kalten Krieg zwischen Nato und Warschauer-Pakt-Staaten stand der Mittlere und Nahe Osten nach Europa an zweiter Stelle im Vordergrund der Blockkonfrontation. Dabei war die Parteinahme der Supermächte im Israel-Palästina-Konflikt - die USA auf der israelischen und die Sowjet Union auf der palästinensischen Seite - , die sich in beiden Nahostkriegen 1966 und 1973 manifestierte, nur ein Teil des Problems. Während westliche Staaten unter der Führung der USA mit aller Kraft selbst danach strebten, die Ölressourcen im Mittleren Osten zu kontrollieren und auf Mengen- und Preisstruktur des Öls Einfluss auszuüben, beschuldigten sie ihren Gegner im Kalten Krieg, die Sowjet Union, den Kommunismus bis zum Indischen Ozean ausdehnen und durch den Zugriff auf mittelöstliche Ölquellen die Wirtschaft des Westens strangulieren zu wollen. Entlang dieses in den Mittleren und Nahen Osten hineingetragenen Konflikts sortierten sich die Verbündeten des jeweiligen Lagers: alle monarchistisch regierten Staaten in der Region,

insbesondere das Schah-Regime im Iran, Saudi Arabien und Jordanien sowie Israel auf der Seite der USA. Und alle nationalistisch geprägten arabischen Republiken, vor allem Ägypten, Irak, Syrien und die Palästinenser, an der Seite der Sowjet Union. So begünstigte der Kalte Krieg sowohl regionale Gegensätze, wie beispielsweise im Wettkampf zwischen Iran und Irak um die regionale Hegemonie in den 1960er und 1970er Jahren, wie aber auch das regionale Wettrüsten, das im Zuge steigender Öleinnahmen in den 1970er Jahren massiv forciert wurde und dadurch den Boden für die aufkommenden Kriege in den letzten 3 Dekaden fruchtbar gemacht hat.

1.2. Hegemonialinteressen der USA, drei Golfkriege und Radikalisierung des politischen Islams

Das Chaos und das explosive Gemisch, das man gegenwärtig als die größte Herausforderung für den Weltfrieden bezeichnen könnte, speist sich bei genauem Hinsehen aus (a) den Hegemonialinteressen der USA in Verbindung mit den Ölquellen der Region, (b) dem Wettkampf zwischen dem arabischen Nationalismus und dem politischen Islam, (c) dem regionalen Wettrüsten, (d) dem internationalen Terrorismus einschließlich des 11. September 2001. Die Vereinigten Staaten verfolgten ihre Hegemonialinteressen seit ihrer ersten Intervention, eben dem CIA-Putsch 1953 im Iran, bis zur Gegenwart immer konsequenter, aggressiver, ja kriegerischer. Diese Interessen bestanden und bestehen immer noch darin, über den Hebel der Kontrolle der Ölquellen des Mittleren Ostens – hier lagern ca. 60 % der Weltölressourcen - und der Frage der vermeintlichen Energiesicherheit, ihre eigenen Verbündeten, EU-Staaten, Japan u. a., unter die eigene Führung unterzuordnen, sowie die neu aufsteigenden Mächte, z. B. China, Indien und andere große von Ölimporten abhängige Schwellenländer, in Schach zu halten. Dieser energiepolitische Hebel der US-Hegemonie erstreckte sich (a) auf die zu produzierende Ölmenge durch Aufrechterhaltung von dauerhafter Ölüberproduktion, (b) auf die daraus folgenden niedrigen Ölpreise und (c) auf die Kontrolle sämtlicher Pipelines zu Lande, sowie der Häfen und der Transportrouten im Persischen Golf und dem Indischen Ozean. Nach dem Zerfall der Sowjet Union erweiterten die USA ihren Hegemonialeinfluss auf die Region des Kaspischen Meeres und sämtliche zentralasiatischen, einst zur Sowjet Union gehörenden öl- und gasreichen Staaten sowie deren geostrategisches Umfeld bis zum Mittelmeer einerseits und zum Schwarzen Meer andererseits.

Das gesamte außenpolitische Verhalten der USA in den letzten drei Dekaden orientierte sich nach diesen ihren hier knapp skizzierten Hegemonialinteressen. Dazu gehören außenpolitische Strategien für den Mittleren Osten von der *Carter Doktrin* bis hin zum *Krieg gegen den Terror* nach dem 11. September: das strategische Bündnis mit Israel und den Ölmonarchien; alle taktischen Allianzen, wie beispielsweise mit den Modjahedin im afghanischen Krieg gegen die Sowjet Union, dann mit den Taliban gegen die Modjahedin, schließlich mit der afghanischen Nordallianz, um das Taliban-Regime zu stürzen; ihre de facto-Militärallianz mit Saddam Hussein im Krieg gegen den Iran im ersten Golfkrieg, dem Krieg gegen denselben Saddam Hussein 1990 nach der Besetzung Kuwaits (der zweite Golfkrieg) und schließlich dem Sturz Saddam Husseins 2003 (der dritte Golfkrieg); der Versuch einer Allianzbildung mit dem arabisch-sunnitischen Lager gegen die schiitische Allianz von Iran und Hisbollah im Libanon im Konflikt mit Irans Atomprogramm und letztendlich auch in Allianzen mit Militärdiktaturen und autoritären Herrschern nahezu aller ehemaligen zur Sowjet Union gehörenden

zentralasiatischen Staaten.

Wie ineinander greifende Zahnräder einer Maschine wird das extern durch die US-Hegemonialinteressen getriebene Chaos vervollständigt, das durch einen internen Wettkampf zwischen dem arabischen Nationalismus und dem politischen Islam nach der Islamischen Revolution im Iran um die regionale Vorherrschaft entstanden war. Diese intern induzierte Seite des Chaos begann mit dem regionalen Wettrüsten und, wie bereits erwähnt, der regionalen Hegemonie zwischen dem westlich orientierten Schah-Regime im Iran und dem damals mit der Sowjet Union verbündeten Irak unter Saddam Hussein. Beide Seiten pumpen die sprunghaft gestiegenen Öleinnahmen nach dem ersten Ölpreissprung 1973/74 zu einem großen Teil in die Rüstung und den Ausbau ihrer jeweiligen Armeen. Auch bei diesem intern verursachten Konflikt mischten die USA kräftig mit. Sie lieferten dem Iran die allerneuesten F14-Militärflugzeuge, ca. 100 an der Zahl, Panzer, Munition und alle erforderliche Infrastruktur dazu. Ähnliches geschah mit Saudi Arabien und den übrigen Golfstaaten. Damit war nicht nur das Wunschprojekt des us-militär-industriellen Komplexes, eben ein regionales Wettrüsten, nicht nur in Gang gesetzt, sondern auch gleichzeitig die erste große internationale Finanzkrise - als Folge steigender Ölpreise und Zahlungsbilanzdefizite der OECD-Staaten ausgelöst - wieder überwunden, indem die hunderte Milliarden überschüssigen Petro-Dollars der Ölstaaten des Mittleren Ostens in ihren ursprünglichen Kreislauf recycelt wurden. Der Irak beteiligte sich an diesem Wettrüsten durch ebenfalls umfangreiche Waffenimporte aus der Sowjet Union sowie aus Frankreich und Großbritannien.

Doch konnte das bis an die Zähne bewaffnete Schah-Regime seinen eigenen Sturz durch eine in Gang gekommene soziale Revolution nicht mehr verhindern, die durch ihre islamische Führung und Massenbasis in die Gründung des ersten islamischen Gottesstaates mündete. Die mehrere hunderttausend zählenden jungen Soldaten - überwiegend Söhne der entwurzelten bäuerlichen Landflüchtlinge, die der Schah zum Ausbau seiner eigenen Machtbasis für das Heer rekrutiert hatte - wechselten an der Seite des Schah-Herausforderers Ayatollah Khomeini die Fronten, anstatt die wacklige Schah-Diktatur vor dem Untergang zu retten. Durch die islamische Revolution fiel nicht nur ein entscheidender Pfeiler der US-Hegemonie wie ein Kartenhaus in sich zusammen, sie veränderte über Nacht auch die Machtverhältnisse der gesamten Region des Mittleren und Nahen Ostens.

Die Veränderung der Machtverhältnisse durch den revolutionären, d. h. von breiten Volksmassen aktiv vorangetriebenen, Umsturz eines Regimes begünstigte übrigens, wie so oft in der Geschichte, einen regionalen Krieg. Die französische Revolution löste den Krieg der verängstigten feudalen Herrscher europäischer Staaten aus, die durch Krieg gegen Frankreich ein Überschwappen der Revolution auf ganz Europa zu verhindern suchten. Nach der russischen Revolution führten die Weißrussen mit Unterstützung des Auslands einen blutigen Bürgerkrieg gegen die rote Armee. Die vietnamesische Revolution löste den von den Nachbarstaaten mitgetragenen Vietnamkrieg durch die USA aus. Im Falle Irans unterstützten die Herrschereliten fast aller arabischer Staaten am Persischen Golf – sowie Jordanien und Ägypten – Saddam Hussein moralisch und finanziell, als dieser den ölreichen Süden des Irans zu besetzte. Aus Angst, die islamische Revolution könnte auf die arabischen Staaten überschwappen, unterstützten sie Irak in diesem Krieg in der Hoffnung, die ausgebrochene islamische Revolution im

Iran im Keim zu ersticken. Für Saddam Hussein hatte sich ohnehin die historische Chance ergeben, Iran als regionale Führungsmacht endlich auszuschalten, nachdem mit der Monarchie auch die kaiserliche Armee sich aufgelöst hatte und vielen Generäle, Armeekommandeure und Piloten der amerikanischen F14-Kampfflugzeuge die Flucht in die USA ergriffen hatten. Doch unterschätzte Iraks panarabischer Führer, der schon immer von der Führung über die gesamte arabische Welt träumte, die neue politische Kraft einer rasch sich gebildeten Volksarmee auf der iranischen Seite, die auch ohne entsprechende Militärmaschinerie der irakischen Armee Paroli bieten konnte. Der iranisch-irakische Krieg wurde zu einem 8 Jahre dauernden Stellungskrieg, weil die Führung der islamischen Revolution ihrerseits glaubte, die islamische Revolution durch einen Gegenkrieg in die arabische Welt hineinragen zu können und weil Israel, Großbritannien, und die USA aus unterschiedlichen Motiven beide Seiten großzügig mit Waffen versorgten, damit Iran und Irak als zwei mächtige OPEC-Staaten mit regionalem und ideologischem Führungsanspruch - der arabische Nationalismus und der neu erwachte politische Islam - sich im Krieg gegenseitig soweit wie möglich zermürbten. Das Ergebnis dieses Krieges waren eine Million Tote und Invalide, 300 Mrd. US-Dollar Kriegsschäden, der Zusammenbruch der Wirtschaft sowie Armut und Elend auf beiden Seiten.

Schon hier wird klar, wie sehr die historischen Ereignisse ineinander greifen und den Mittleren und Nahen Osten immer tiefer in den Abgrund stürzen. Wie der Sturz der demokratisch gewählten Regierung Mossadegh 1953 durch die USA zur Entstehung der islamischen Revolution entscheidend beitrug, so führte auch das von Außen mit forcierte Wettrüsten in den 1970er Jahren den Mittleren und Nahen Osten unweigerlich zu einer Region der andauernden Kriege, der Zerstörung und des Elends, immer weiter entfernt von beginnender Demokratisierung und gutnachbarschaftlicher Beziehungen. So wurde das Ende des iranisch-irakischen Krieges in 1988 zum Ausgangspunkt neuer Kriege. Saddam Hussein wurde durch den ersten Golfkrieg nicht zum allseits geliebten Führer aller Araber, sondern zu einem gedemütigten Herrscher eines Landes mit desolater Wirtschaft und einer für den Krieg umfunktionierten Sozialstruktur, der obendrein mit ca. 100 Milliarden US-Dollar Kriegsschulden auch von Kuwait und Saudi Arabien finanziell abhängig wurde. In dieser doch ausweglosen Krise griff er zur Flucht nach vorn und besetzte 1989 Kuwait, um über Nacht nicht nur die Schulden los zu werden, sondern mit den Ölquellen Kuwaits auch zum Herrscher über ca. 20 % der Weltölressourcen aufzusteigen. Hieraus entstand der zweite Golfkrieg, in dem die USA und ihre Alliierten die irakische Armee aus Kuwait hinauswarfen und sie auch brutal dezimierten, wobei zehntausende irakischer Soldaten in ihren Schützengräben in der kuwaitischen Wüste lebendig begraben wurden. Dennoch blieb Iraks Herrscher so viel politische Macht und militärische Tötungsausrüstung, um die Kurden und Schiiten, die dem Aufruf der US-Regierung blind gefolgt waren und durch eine Rebellion von Innen das Regime besiegen sollten, brutal und blutig niederzuschlagen und die gesamte Bevölkerung für weitere Jahre zu unterdrücken.

Die Jahre der UN-Sanktionen zwischen 1990 und 2003 wurden zu einer Phase des schleichenden Krieges gegen das irakische Volk. Die Sanktionen trafen nicht das Regime, sondern brachten in erster Linie nur Elend für das kriegsgeplagte irakische Volk, das wegen Nahrungs- und Medikamentenmangels Hunderttausende Hungertote und Kindersterblichkeit in erheblichem Umfang hinnehmen musste. Aus der Perspektive

der Hegemonialinteressen der von den Demokraten geführten US-Regierung unter Präsident Bill Clinton erwies sich offenbar die Fortexistenz des regionalen Schreckgespensts Saddam Hussein als durchaus nützlich, um Rüstungsexporte in alle Staaten des Mittleren und Nahen Ostens zu forcieren und somit auch das Wettrüsten in der Region aufrechtzuerhalten, um Saudi Arabien und die übrigen Ölscheichtümer enger an sich zu binden und die US-Militärstützpunkte in der Region auszubauen. Doch schien der neokonservativen US-Regierung mit dem neuen Präsidenten George W. Bush eine Politik der Duldung von Schreckgespenstern und Schurkenregimen wie das von Saddam Hussein im Irak und der Taliban in Afghanistan als unzureichend, um umfassende Hegemonialinteressen im Mittleren und Nahen Osten dauerhaft abzusichern. Die neokonservative Elite in den USA hatte sich offensichtlich darauf geeinigt, die militärische Präsenz der USA im Großraum *Greater Middle East* von den Südgrenzen Russlands bis zur arabischen Halbinsel auf der Nord-Süd-Achse und von den chinesischen Grenzen bis nach Südeuropa auf der Ost-West-Achse flächendeckend und dauerhaft zu erweitern. Es ging den Neokonservativen mit ihrem Projekt *New American Century* immerhin um nichts weniger als (a) um die vollständige Kontrolle sämtlicher Öl- und Gasquellen dieses Raums, (b) um die Durchsetzung neoliberaler Konzepte der Privatisierung und der Liberalisierung im gesamten Raum, um die Grenzen für amerikanische Waren und amerikanisches Kapital zu öffnen, (c) um das Wettrüsten durch Recycling der Petro-Dollars aufrechtzuerhalten und zu intensivieren, (d) um zu verhindern, dass Ölexporte in Euro oder anderen internationalen Währungen abgewickelt würden, so dass die Position des Dollars als internationale Öl- und Leitwährung weiterhin unangetastet bliebe und schließlich (e) um die politische und militärische Einkreisung Russlands zu forcieren.

Diese wegen ihrer Tragweite neue Hegemonialstrategie der Neokonservativen legte nahe, die Taliban in Afghanistan und Saddams System im Irak militärisch zu beseitigen und im Iran einen wie auch immer gearteten Regimewechsel, wenn nötig auch durch einen weiteren Krieg, herbeizuführen. Für die öffentliche Legitimation der Beseitigung des Sturzes des Taliban-Regimes Ende 2001 kam der 11. September wie gerufen. Mit Al Qaidas Terroranschlägen auf dem Territorium der als unangreifbar geltenden Hegemonialmacht schließt sich der Kreislauf der von dieser selbst entscheidend mit erzeugten Kriege und Terroranschläge. Um Saddams Regime zu beseitigen, wurde die Lüge der unter UN-Beobachtung längst beseitigten irakischen Massenvernichtungsmittel in die Welt gesetzt, die nach dem militärischen Einmarsch der US-Armee im Irak 2003 offensichtlich wurde. Mit der Eroberung Iraks und dem darauf folgenden Bürgerkrieg und Chaos scheinen aber die Grenzen der Umsetzung aller geopolitischen und hegemonialpolitischen Ziele der Neokonservativen erreicht worden zu sein. Sie treten jedenfalls auch hinsichtlich des Regime Change im Iran und ihrer Politik, die mindestens zwei Mal, zum einen während des israelischen Libanonabenteuers im Sommer 2006 und zum anderen im Frühjahr 2008 kurz vor dem Beginn eines Luftkrieges gegen den Iran stand, immer noch auf der Stelle. Das iranische Atomprogramm, das in den 1970er Jahren bereits mit Hilfe der USA und der Bundesrepublik Deutschland entstand, dann nach der islamischen Revolution eingestellt wurde und - just nach dem Einmarsch in den Irak - angeblich erst in 2004 entdeckt wurde, obwohl es iranische Regierungen mit Wissen der USA seit 1988 in seiner Neuauflage längst wieder aufgenommen und entwickelt hatten, konnte bisher in den USA selbst und international als Vorwand für einen neuen Krieg gegen den Iran nicht

hinreichend überzeugen, um auch ein weiteres Ziel in der Kette hegemonialpolitischer Ziele der USA zu verwirklichen.

Dass die bisherige US-Politik im Mittleren Osten im laufenden Jahrzehnt die Demokratisierung abermals auf Jahre oder Jahrzehnte erschwert, den Drang zur Weiterverbreitung von Atomwaffen erhöht, die Destabilisierung bei allen Teilkonflikten - vom Israel-Palästina Konflikt bis zum Afghanistan Konflikt und dem Iran-Atomkonflikt - vertieft und bisher auch noch mehr Chaos hinterlassen hat, kann nicht bestritten werden. Ob es in den USA zu einem Machtwechsel kommt und ob dann der Mittleren Osten jenseits imperialistischer und hegemonialpolitischer Interessen endlich in Ruhe gelassen wird, bleibt ungewiss. Dennoch ist es an der Zeit, dieser Region Gelegenheit zu geben, aus eigener Kraft z. B. durch ökonomische Kooperation und gemeinsame Sicherheit mehr Stabilität und Frieden zu erreichen und damit zu beginnen, die eigenen fossilen Energieressourcen statt für Rüstung und Kriege, Zerstörung, Elends- und Armutsproduktion für den Aufbau infrastruktureller Grundlagen des Wohlstands der eigenen Bevölkerung und für den Aufbau demokratischer Institutionen einzusetzen.

2. Armut als Kriegsfolgen am Beispiel Iran und Irak

Nach dieser teils chronologischen, teils analytischen Darstellung der Ursachen von Kriegen und Konflikten im Mittleren Osten sollen – um der mir gestellten Aufgabe gerecht zu werden - auch am Beispiel von Iran und Irak in aller Kürze einige Erscheinungen der Armutsentwicklung als unmittelbare Kriegsfolge untersucht werden. Dabei war die Situation der Menschen während der Kriegsjahre 1980 – 1988 in beiden Ländern auf Grund von Öleinnahmen weniger dramatisch als in den Hungerregionen Afrikas und manchen asiatischen Staaten. Der *Welthungerindex* beträgt im Mittleren Osten in der Indexskala 6,2 und damit einen Bruchteil desselben für Afrika und Südasien, der mit 25 angegeben wird. Dieser Index wurde auf der Basis von drei gleichwertigen Indikatoren ermittelt: dem Anteil der Unterernährten, dem Anteil der Kinder unter fünf Jahren mit Untergewicht und der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren.

Im Iran waren die Menschen in den unmittelbaren Kriegsregionen des Landes am Persischen Golf die Hauptleidtragenden des ersten Golfkrieges. Sie verloren, besonders in den beiden großen Hafenstädten Khoramshar und Abadan, ihr Leben, ihre Häuser und Wohnungen, ca. 1 Million an der Zahl, ihre Arbeitsplätze, ihr gesamtes Vermögen. Die irakische Armee zerstörte massiv beide Städte, Khoramshar sogar vollständig. Im übrigen zogen die Kriegsfolgen im Iran nicht – wie es bei vielen anderen Kriegen der Fall ist – in der Hauptsache die untersten Einkommensgruppen in Mitleidenschaft, sondern sie führte durch steigende Inflationsraten von jährlich 19 % in den Kriegsjahren auch zur Armutsentwicklung bei mittleren Einkommensgruppen. Durch umfassende Förderprogramme haben die islamische Regierung und religiöse Stiftungen die hinterbliebenen Familien der Kriegsmärtyrer unterstützt, ihnen Privilegien, insbesondere Erleichterungen bei der Ausbildung ihrer Kinder, gewährt und durch Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und medizinischer Versorgung die schlimmsten sozialen Folgen auch für andere von Armut betroffene Schichten aufgefangen. Dennoch beeinträchtigte der 8 Jahre währende Krieg die Lebensbedingungen der unteren Schichten beträchtlich. Beispielsweise sank im Kriegszeitraum 1980 - 1988 das Pro-

Kopf-Einkommen von ca. 2000 US-Dollar auf 400 US-Dollar, fiel der UNDP-Wohlstandindex von 122 auf 78 und erhöhte sich der Anteil der Haushalte unter dem Existenzminimum um 58 %. 1988 waren 30 % der Stadtbevölkerung mit Hungerproblemen konfrontiert, auf dem Land, angesichts des Ausbaus der landwirtschaftlichen Produktion, der trotz Kriegswirtschaft erfolgte, dagegen „nur“ mit 20 %.

Um das Ausmaß der Armutsentwicklung im Irak als Folge der drei Golfkriege seit 1980 bis zur Gegenwart zu begreifen, möchte ich hervorheben, dass der Irak vor dem Krieg mit dem Iran eines der am weitesten entwickelten Länder in der Region war mit einem durchaus soliden Mittelstand, mit Schwer- aber auch Leicht- und Konsumgüterindustrie, einem funktionsfähigen Verwaltungsapparat, einem vorbildlichen Bildungssystem, mit drastisch reduzierter Analphabetenrate und einer sehr weit fortgeschrittenen Gesundheitsversorgung. Immerhin war es dem arabischen Nationalismus gelungen, nation building und gesellschaftliche Modernisierung in positivem Sinne voranzutreiben, bevor dessen aggressive Seite Irak Krieg, Armut und Elend brachte. Im Irak erzielte die Bevölkerung 1982 ein deutlich höheres Pro-Kopf-Einkommen als im Iran, von über 4.500 Dollar/Jahr. Dieses sank jedoch von 4.500 in 1982 auf 800 Dollar in 2004. Laut Bericht von Caritas International gingen 30 - 40 % der Kinder in den Kriegsjahren, auch während der UNO-Sanktionen, gar nicht in die Schule, zumal bei einer Bevölkerung, die zur Hälfte unter 30 Jahren alt ist. Zahlreiche Fachkräfte, darunter viele Ärzte, verließen aus Sicherheitsgründen das Land sowohl während der UN-Sanktionen, aber mehr noch nach dem Einmarsch der US-Streitkräfte in den Irak. Dadurch konnten häufig Krankheiten wie Kinderlähmung, Malaria, Augenkrankheiten, Herzkrankheiten überhaupt nicht behandelt werden. 2004 gab es 157 % mehr Patienten als 1990. Die Zahl der psychisch Kranken hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt. Die Kindersterblichkeit stieg um 160 %, während in den Nachbarländern die Kindersterblichkeit sich deutlich reduzierte. Jedes 7. Kind erlebt nicht seinen 5. Geburtstag.

Nach UNICEF-Angaben starben mindestens 400.000 Kinder aufgrund mittelbarer Folgen des Krieges. 960.000 Kinder unter fünf Jahren gelten als chronisch unterernährt. 20 % der Kinder leiden unter akuter Mangelernährung. Hauptursache dieser Situation ist die schlechte Wasserversorgung, das schlechte Trinkwasser und die mangelhafte Abwasserversorgung. 1990 hatten 95 % der Stadtbevölkerung und 75 % der ländlichen Bevölkerung einen Wasserhahn und damit sauberes Wasser. Während des 2. Golfkrieges (nach der Besetzung von Kuwait) wurden allerdings Wassereinrichtungen und Kläranlagen weitgehend durch die amerikanischen Streitkräfte zerstört. Auch danach und während der UN-Sanktionen konnten diese Einrichtungen nur teilweise repariert werden. Ein Großteil der übrig gebliebenen intakten Wassereinrichtungen wurden abermals 2003 im 3. Golfkrieg vernichtet, so dass 1,5 Mio. Iraker keine andere Wahl hatten, als verseuchtes Wasser zu trinken und zwar über längere Zeiträume, sowohl während der UN-Sanktionen und vor allem 2003 während des Krieges. Des Weiteren beklagt Irak etwa 3 Mio. Flüchtlinge und Migration von gut ausgebildeten Fachkräften. Gravierender als „nur“ physische Armut ist jedoch kulturelle Verelendung, Verzweiflung, Misstrauen, Hass und Feindschaft gegenüber der eigenen Bevölkerung, gegenüber den verschiedenen Gruppen, Radikalismus und Gewaltbereitschaft, die die drei Golfkriege über einen Zeitraum von 20 Jahren hinterlassen haben. Diese kulturelle Hinterlassenschaft der Kriege, die den Graben zwischen Kurden und Arabern sowie

zwischen Sunniten und Schiiten vertieft, prägte die bürgerkriegsähnliche Lage des Iraks in den letzten Jahren der Besatzung nach dem Einmarsch der US-Armee. Die Zerstörung schiitischer Heiligtümer und die gewaltsamen Reaktionen der schiitischen Milizen auf derartige Handlungen sind symptomatisch für eine soziale und kulturelle Zerrissenheit als Folge der Kriegsjahre, die schwerer zu überwinden sein dürfte als das gegenwärtige materielle Elend.

Die obige Analyse beruht auf langfristigen und kontinuierlichen Beobachtungen und eigenen Forschungsarbeiten, darunter folgende Auswahl:

Mohssen Massarrat (Hrsg.): Mittlerer und Naher Osten. Geschichte und Gegenwart. Eine problemorientierte Einführung, Münster 1996.

Derselbe: Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl, Hamburg 2003.

Derselbe: Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit. Perspektiven revolutionärer Reformen, Hamburg 2006 (vor allem Kapitel 3).